

Knud Andresen

„Gebremste Radikalisierung“ – Zur Entwicklung der Gewerkschaftsjugend von 1968 bis Mitte der 1970er Jahre

1978 hielt ein ehemaliger Vertrauensmann der IG Metall fest:¹ „Heute ist es innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wieder möglich, die Worte ‚Kapitalismus‘, ‚Sozialismus‘, ‚Kommunismus‘ wenigstens in Diskussionen zu benutzen und nicht nur über das zu reden, was aus der gegenwärtigen Situation heraus als möglich erscheint (...).“² Der Aktivist beschrieb mit diesen Worten eine Linkswendung der Gewerkschaften, die er als systemüberwindende Hoffnung verstand. Wie aber lief eine solche Linkswendung ab? In welchem Verhältnis standen die Gewerkschaften zu den Ereignissen Ende der 1960er Jahre und wie beeinflussten diese die gewerkschaftliche Entwicklung in den folgenden Jahren?

Das kalendarische Etikett ‚1968‘ wird heute noch zumeist als studentisches Ereignis wahrgenommen.³ Wenn ‚1968‘ jedoch als Chiffre für eine mehrere Jahre anhaltende Unruhe in den westlichen Gesellschaften verstanden wird,⁴ dann steht die Frage im Raum, inwieweit dies die größte Gruppe der Bevölkerung, die lohnabhängig Beschäftigten, eigentlich erreicht hat. Eine weitere Eingrenzung gehört dazu. Die Unruhe wurde vor allem als Unruhe der Jugend wahrgenommen.⁵ Aber wenn ‚die Jugend‘ sich plötzlich nicht mehr mit den Verhältnissen abfinden wollte, dann drängt sich die Frage auf, wie es mit den jugendlichen Beschäftigten stand.

Die Zahlenverhältnisse sind sehr deutlich: 1968 standen den rund 300.000 Studierenden knapp 5 Millionen abhängig Beschäftigte bis 25 Jahre gegenüber, darunter waren rund 1,3 Millionen Lehrlinge.⁶ Hiervon waren – bis 21 Jahre – 590.000 Mitglieder der DGB-

- 1 Bei den Teilnehmern des Kolloquiums „Sozialstrukturen und soziale Bewegungen“ in Bochum am 22.1.2009 und Prof. Klaus Tenfelde möchte ich mich sehr herzlich für die anregende Diskussion einer ersten Textfassung dieses Artikels bedanken.
- 2 Siegfried Mason: Betriebliche Aktionen – Studentischer Protest. Ereignisse in einem Berliner Großbetrieb während der APO-Zeit, in: Gudrun Küsel (Hg.): APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch, Berlin 1978, S. 96–105, S. 96.
- 3 So bei Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 476.
- 4 Vgl. Christina von Hodenberg/Detlef Siegfried (Hg.): Wo ‚1968‘ liegt: Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006. Als Versuch für Westeuropa und USA: Gerd-Rainer Horn: The Spirit of 68: Western Europe and North America, 1956–1976, Oxford 2007.
- 5 Vgl. Franz-Werner Kersting: ‚Unruhediskurs‘. Zeitgenössische Deutungen der 68er Bewegung, in: Mathias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2005, S. 715–740.
- 6 Seit diesem Zeitpunkt begann sich das Verhältnis langsam zu wandeln, da die Studierendenzahl kontinuierlich anstieg – auch durch den Ausbau der Fachhochschulen –, bis 1989 Lehrlinge und Studierende ungefähr dieselbe Größenordnung hatten. Die Zahl der jungen Beschäftigten bewegte sich jedoch wei-

Gewerkschaften. Von 1970 bis 1975 stieg die Mitgliederzahl der Gewerkschaften netto um rund 200.000 Jugendliche.⁷ Da gewerkschaftlich engagierte Jugendliche zumeist politisch interessiert sind, ist eine ‚Unruhe‘ auch in der Gewerkschaftsjugend auszumachen.

Eine derartige Bewegung ging mit einer Radikalisierung einher, was angesichts des ‚linken Zeitgeistes‘ Ende der 1960er Jahre nicht überraschend ist. Hinzu kamen jedoch einige spezifische gewerkschaftliche Faktoren.

- Die Gewerkschaften vertraten auch in den 1960er Jahren eine emanzipatorische und auf gesellschaftlichen Wandel gerichtete Rhetorik mit deutlichen Differenzen zwischen den Einzelgewerkschaften.
- Die Gewerkschaften waren im betrieblichen Rahmen die größte politische Organisation der Arbeitnehmer. Alle linksradikalen Organisationsversuche außerhalb der Gewerkschaften hatten keinen durchschlagenden Erfolg und blieben in der Regel negativ an die Gewerkschaften gebunden.
- In den Gewerkschaften gab es gewissermaßen überwinternde Sozialisten und Kommunisten, die eine stärkere gewerkschaftliche Politik der Gegenmacht anstrebten. Diese Personen hatten zum Teil stimulierenden Einfluss auf junge Aktivisten.
- Die antiautoritären Studierenden konzentrierten sich strategisch ab 1969 zumeist auf die Arbeiterklasse. Die Arbeit in den Betrieben und damit auch in den Gewerkschaften wurde zu einem Aktionsfeld mit Auseinandersetzungen über radikale Positionen.
- Durch die Reorganisation der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit seit Mitte der 1960er Jahre war eine Reihe von jüngeren Funktionären und Aktivisten politisiert worden, die sich für eine Gegenmachtpolitik einsetzten. Hier bestanden auch bereits enge Verbindungen zu sozialistischen Studierenden.
- Es kam noch ein weiterer Faktor hinzu: Die Gewerkschaften verfügten über finanzielle Ressourcen. Die Zusammenarbeit zwischen Studierenden und Gewerkschaften war zum Beispiel beim Kampf gegen die Notstandsgesetze deutlich geworden, als einige Einzelgewerkschaften – insbesondere die IG Metall – das Kuratorium Notstand der Demokratie oder SDS-Seminare finanzierten.⁸

Der Begriff „Radikalisierung“ kann vor diesem Hintergrund auf zweierlei Weise definiert werden: Eine politische Radikalisierung, die nicht mehr auf dem Boden der Verfassung steht, sowie eine soziale, in der Nonkonformität konfliktuell ausgetragen wird, häufig auch

terhin in der oben genannten Größenordnung. Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, eigene Berechnungen.

7 Bei den Mitgliederzahlen ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Gewerkschaften bis 1970 jugendliche Mitglieder nur bis 21 Jahre zählten, danach wurde die Altersgrenze für die Personengruppe auf 25 Jahre ausgeweitet. 1968 waren es rund 590.000 Mitglieder, Ende 1970 602.000 unter 21 Jahre, mit der neuen Zählung bis 25 Jahre waren es sogar fast eine Million Mitglieder, 1975 waren es 1.213.000 Millionen Personen. 1970 als Ausgangslage genommen war der Nettozuwachs bis 1975 über 200.000. Zahlen nach Geschäftsberichten des Bundesvorstandes des DGB 1969 bis 1971, Düsseldorf 1972, S. 349 und 1975–1977, S. 450, eigene Berechnungen.

8 Vgl. Michael Schneider: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968), Bonn 1986, S. 178–180; Fritz Vilmar: Kooperation – Entfremdung – Und was jetzt?, in: Küsel, S. 153–168.

an politische Erscheinungen angelagert.⁹ In den internen und öffentlichen Einschätzungen der hauptamtlichen Funktionäre war bald nach 1968 der Begriff von der „Politisierung“ der Gewerkschaftsjugend verbreitet.¹⁰ Hierunter ist nicht allein eine Radikalisierung der Forderungen zu verstehen, sondern auch eine politische Überformung alltäglicher Konflikte. Die Debatten innerhalb der Gewerkschaftsjugend orientierten sich nun stärker an Auseinandersetzungen über innergewerkschaftliche Demokratie und eine Politik der gewerkschaftlichen Gegenmacht. Es gab dabei eine gestiegene Bereitschaft, bei Aktionen gewisse Regelverletzungen zu akzeptieren. Die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Staat, Gewerkschaften und Unternehmen wie in der Konzertierten Aktion wurde attackiert. Insbesondere in der Jugendbildungspolitik gab es eine antikapitalistische und marxistische Schwerpunktsetzung, die Sozialpartnerschaft wurde abgelehnt.

Allerdings ist in diesem Politisierungsprozess die besondere Lage der Gewerkschaftsjugend zu berücksichtigen. Es bestanden sehr unterschiedliche Strukturen, die zum Teil erhebliches Konfliktpotential boten. Im ländlichen und kleinstädtischen Raum war eher der DGB Ansprechpartner, in den Großstädten und bestimmten industriellen Ballungsgebieten waren häufiger auch Gruppen der Einzelgewerkschaften aktiv. Idealtypisch bildeten die Kreisjugendausschüsse des DGB einen Zusammenschluss der Einzelgewerkschaften, die für allgemeine politische Aussagen und Kampagnen zuständig waren, während die Einzelgewerkschaften die betriebliche Arbeit verantworteten, da nur sie Tarifverhandlungen führen konnten. Insbesondere die mitgliederstarke IG Metall – aber auch die IG Bergbau und Energie mit einem sehr hohen Organisationsgrad – betrieben häufig eine eigenständige Jugendarbeit und setzten sich vom DGB ab.¹¹ Als Personengruppe innerhalb der Einzelgewerkschaften und des DGB besaß die Gewerkschaftsjugend zudem keine strategische Autonomie, sondern musste ihre Positionsbestimmungen immer auch in Hinblick auf die Zustimmung der übergeordneten Gremien der Gesamtorganisation vornehmen. Dies führte im lokalen Bereich zu vielfältigen Konflikten zwischen Ortsvorständen und Jugendgruppen, aber auch das Verhältnis des Bundesjugendausschusses des DGB zum Bundesvorstand war in dieser Zeit nicht spannungsfrei.¹² Die Gremienstruktur der gewerkschaftlichen Organisation, verbunden mit durchaus verwirrenden Doppelstrukturen von DGB und Einzelgewerkschaften, erschwerte das Aktionsfeld von engagierten Mitgliedern, bot aber auch Freiräume. Wesentliche Träger der Arbeit waren zumeist die hauptamtlichen Jugendsekretäre und Bildungsre-

9 Klaus Tenfelde: *Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945*, München u. a. 1982, S. 5–6.

10 Geschäftsbericht des IG Metall-Vorstandes 1968–1970, Frankfurt 1971, S. 35f.

11 Diese Klage war häufig anzutreffen. Vgl. Materialien zur gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit, Nr. 1/1974, hg. v. DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, in: *Archiv der sozialen Demokratie in Bonn* (zukünftig: AdSD), DGB-Archiv, 5/DGAU-123, S. 2–3. Zur IG Bergbau und Energie vgl. als erste Hinweise: Holger Heith: *Arbeiterjugend und 68er im Ruhrgebiet*, in: *Mitteilung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung 1* (2008), S. 12–17.

12 So unterbrach der BJA des DGB im Mai 1969 seine Sitzung und vertagte sich auf „unbestimmte Zeit“, da der Geschäftsführende Vorstand des DGB statt einer Demonstration nur eine Pressekonferenz der Gewerkschaftsjugend durchführen wollte. Protokoll 75. Sitzung BJA des DGB am 12.5.1969 in Bochum, in: AdSD, DGB-Archiv, 5/DGAU-74.

ferenten. So waren von den 50 Mitgliedern des Bundesjugendausschuss des DGB nur neun ehrenamtliche Gewerkschafter.¹³ Bei bezirklichen Jugendausschüssen war das Verhältnis etwas günstiger für Nicht-Hauptamtliche, aber insbesondere die organisatorische Arbeit lag bei den zuständigen Sekretären. Die Einbindung in die hierarchische Gremienstruktur mit ihren häufig langwierigen Entscheidungs- und Abstimmungsprozessen ist ein strukturelles Merkmal der Gewerkschaftsjugend. Bei aller auch revolutionären Phantasie einzelner Akteure¹⁴ erscheint es sinnvoll, von einer ‚gebremsten Radikalisierung‘ oder auch ‚institutionellen Entradikalisierung‘ zu sprechen.

Dabei müssen zwei Ebenen unterschieden werden: Zum einen die Akteursebene engagierter Mitglieder, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Mehrzahl der Mitglieder von den Gewerkschaften beeinflusst, aber in der Regel nicht in Gremien oder Jugendgruppen aktiv war. Zum anderen die Reaktionen der hauptamtlichen Funktionäre, insbesondere der Führungsgremien und die sich in Beschlüssen und Richtlinien manifestierende politische Linie der Gewerkschaften. Trotz der zeitgenössisch weitverbreiteten Kritik am bürokratischen Apparat der Gewerkschaften muss dieses Verhältnis als Wechselverhältnis verstanden werden. Theo Pirker, gewiss einer der profiliertesten Kritiker bürokratischer Erscheinungen in den Gewerkschaften, hielt im Rückblick 1978 fest, dass die Gewerkschaften sich den Herausforderungen der APO gegenüber nicht abschotten konnten: „Dies allein schon aus dem Grunde nicht, weil eben die Gewerkschaften nicht nur bürokratische Apparate sind, sondern Interessenorganisationen von Arbeitnehmern, die in mehr oder weniger großem Ausmaß, mehr oder weniger bewusst, von solchen neuen sozialen Problemen betroffen sind. (...) Und es gab und gibt immer wieder Möglichkeiten, dass kleine oder große soziale und politische Bewegungen die Gewerkschaften anstoßen.“¹⁵ Anhand einiger prinzipieller Linien und Einzelbeispiele soll im Folgenden skizziert werden, wie die ‚gebremste Radikalisierung‘ sich konturierte.

Die Gewerkschaftsjugend bot in den fünfziger und sechziger Jahren ein gewisses politisches Unruhepotential,¹⁶ war aber in ihrer konkreten Arbeit einem jugendpflegerischen Fürsorgestil verhaftet.¹⁷ Den neu entstehenden Jugendkulturen gegenüber verhielt man sich ambivalent und forderte vor allem zur verbindlichen Mitarbeit auf. 1966 stellte Gert Lütgert

13 So der Stand 1981. Vgl. Verzeichnis „Mitglieder des DGB-Bundesjugendausschuss, Januar 1981. Archiv für soziale Bewegungen Bochum (im Folgenden: AfsB), IGBE-Archiv, Nr. 2260.

14 So erwähnte Arp Kreßin, Initiator von Lehrlingsprotesten Ende 1968 und in der IG Metall aktiv, dass sie in ihrem Bekanntenkreis auch über die Bewaffnung der Vertrauensleute diskutiert hätten. Vgl. Gespräch Arp Kreßin mit dem Verfasser, 14.10.2008.

15 Vorwort von Theo Pirker, in: Küsel, S. 7–13, S. 11.

16 So bei der Frage der Wiederbewaffnung. Vgl. Knud Andresen: Zwischen Protest und Mitarbeit. Die widersprüchlichen Potentiale gewerkschaftlicher Friedenspolitik 1950–1955, in: Detlef Bald/Wolfram Wette (Hg.): Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945–1955, Essen 2008, S. 53–70.

17 Vgl. Harald Schlüter: Vom Ende der Arbeiterjugendbewegung. Gewerkschaftliche Jugendarbeit im Hamburger Raum 1950 bis 1965, Frankfurt am Main 1996; Hans-Rainer Engelberth: Gewerkschaften auf dem Lande 1945–1971: Gewerkschaftsbund und Industriegewerkschaft IG Metall, Köln 1996, S. 565–571.

von der Abteilung Jugend beim Hauptvorstand der IG Metall fest: „Wir meinen, ins Leere gehende, sinnlose Aktionen und Proteste werden an dieser Gesellschaft nichts ändern. Wer sich in eine Traumwelt flüchtet, wer durch Beat-Musik in Ekstase gerät, wer meint, mit dem Entschluss, sich lange Haare wachsen zu lassen allein sei es getan, wessen Protest sich in Veranstaltungskrawallen erschöpft, wer gammelt, anstatt Solidarität zu üben und politisch zu handeln, mit dem kann man nur schwer die Gesellschaft verändern.“¹⁸ In dieser Argumentation wird eine gewisse ambivalente Haltung der Gewerkschaftsfunktionäre deutlich. Die gestaltende Mitarbeit, überhaupt die Bereitschaft zum Engagement und Einsatz wird hoch gewichtet, hingegen die Verweigerungshaltung abgelehnt oder als Folge staatlicher Fehlentwicklungen verstanden. Jugendprotest galt es zu integrieren und produktiv zu machen, dann, so argumentierte Lütgert weiter, sei es nicht mehr entscheidend, ob man lange Haare hat oder nicht.

Die gewerkschaftliche Jugendarbeit erlebte in den 1960er Jahren einen Rückgang, nicht zuletzt durch die Springener Sparbeschlüsse des DGB 1967, mit denen die Ablösung der Jugendsekretäre unterhalb der Landesebene beschlossen wurde.¹⁹ Diese Maßnahme wurde vom Bundesjugendausschuss des DGB entsprechend scharf kritisiert.²⁰ Aber nicht allein diese organisationsinterne Entscheidung erwies sich als Problem der Gewerkschaftsjugend: Die jugendpflegerische Form der Gruppenarbeit sprach die Jugendlichen in politisch auf-rührerischen Zeiten weniger an, auch wenn 1968 noch 3.651 Jugendgruppen, Neigungsgruppen und Bildungskreise im DGB und den Einzelgewerkschaften existierten.²¹ Häufig ange-regt durch die Jugendbildungsarbeit begannen einige, sich insbesondere an den Ostermär-schen zu beteiligen und politische Diskussionen zu führen.²²

Dieser Impuls hing mit der Reorganisation der Bildungsarbeit zusammen, die Anfang der 1960er Jahre begann, ausgehend zuerst von der IG Chemie Papier Keramik. Die wichtigste Neuerung war die Einführung der Teamer-Arbeit, an der auch gewerkschaftsnahe Studenten beteiligt wurden. Die Jugendlichen sollten durch Diskussionen über ihre alltäg-lichen Probleme ein kritisches Gesellschaftsbewusstsein entwickeln.²³ Die Jugendbildung wurde schließlich als Stufenbildung konzipiert, mit der eine Politisierung der Gewerk-schaftsarbeit erreicht werden sollte: Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit „will den Jugend-lichen zum Bewusstsein bringen, dass die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen

18 Gert Lütgert: Gammler-Beat und Bundeskanzler, aufwärts 8, 15.8.1966, S. 3. Hierzu auch Schlüter, S. 340–346.

19 Oswald Todtenberg: Neue Formen gewerkschaftlicher Jugendarbeit, in: Gewerkschaftliche Monats-hefte 11 (1971), S. 656–661, hier S. 657.

20 Der BJA verstand die Maßnahme als Möglichkeit, die politisch unliebsame Jugend zu gängeln. Akten-notiz Otmar Günther (Abt. Jugend IGM) an Georg Benz (IGM), 6.3.1967, in: AdsD, 5/IGMA220164 1967–1968. Vgl. Gewerkschafts-Spiegel Nr. 9 (1967) vom 20.3.1967, S. 25 f.

21 Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des DGB 1965 bis 1968, Düsseldorf o. J., S. 541 f., eigene Berechnung.

22 Hans-Otto Wolf: Die ‚reine‘ Theorie hilft uns nicht, in: Küsel, S. 106–114, S. 106.

23 Vgl. die Rückblicke zweier Beteiligten: Hinrich Oetjen: Die Zusammenarbeit von Studenten und Gewerkschaftern in der Jugendbildung und der Notstandsbewegung, in: Küsel, S. 29–44; und Jochen Müller: 1967/68: Das Ende einer erfolgreichen Kooperation, in: ebd., S. 45–47.

eng verbunden ist mit dem Kampf um politische Macht“, hieß es 1972.²⁴ Die Arbeit wurde zeitgenössisch als erfolgreich eingeschätzt: „Während die bürgerlichen Wissenschaften und die Publizistik nicht müde wurden, die ‚Integration der Arbeitnehmer in die Gesellschaft‘ sowie ihre politische Apathie und Wohlstandszufriedenheit zu verkünden, gelang es der Jugendbildung, den ideologischen Schleier zu lüften und auf die Widersprüche der Nachkriegsgesellschaft der BRD aufmerksam zu machen.“²⁵ Hier fand eine vor allem theoretische Schulung von Gewerkschaftsjugendlichen statt, die einen Resonanzboden für die Ende der 1960er Jahre aufkommenden radikalen Forderungen vorbereitete und aus den Gewerkschaften selbst kam.

Das bekannteste Beispiel der Kooperation der Gewerkschaften mit linken Studenten in den 1960er Jahren war sicherlich die Kampagne gegen die Notstandsgesetze, die 1966 und 1967 zwar nicht vom DGB, aber von einer Reihe von Einzelgewerkschaften gefördert wurde. Dieses Bündnis zerbrach an zwei Punkten: Zum einen an der dilatorischen Haltung der DGB-Führung, die schließlich auf die SPD-Linie einschwenkte und sich gegen Aktionen aussprach, zum anderen an der Radikalisierung der Studentenbewegung.²⁶ Zwar wurde auch auf Jugendkonferenzen immer wieder die Zusammenarbeit mit den Studenten gefordert, aber deren zum Teil gewaltförmige Aktionen und die systematische Regelverletzung wurden verurteilt. Offiziell hielten die Gewerkschaften Distanz zur studentischen Unruhe.²⁷ In der Gewerkschaftsjugend war allerdings eine positive Sicht auf die Studentenunruhen verbreitet. Als der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden auf dem Jugendtag seiner Organisation 1969 nicht die Anlässe, aber die studentischen Aktionsformen verurteilte, erntete er Widerspruch: „Besonders heftig wurden Sporners Ausführungen zu dem Komplex ‚Unruhe in der Jugend, Gewaltanwendung, Radikalismus‘ diskutiert. Von der Mehrzahl der Redner wurde unterstrichen, dass erst durch die Radikalität der studentischen Opposition die Öffentlichkeit auf gewisse Probleme aufmerksam geworden sei. Die meisten Redner schlossen sich aber der Auffassung an, dass Gewalt und Radikalität keine Basis für eine sachliche Auseinandersetzung darstellen könnte.“²⁸ Eine Funktion erhielten gewalttätige Aktionen – die nicht allein von Studenten getragen wurden – als Referenz für eigene Forderungen auch von offizieller Gewerkschaftsseite: Mit Slogans wie „Heute die Studenten – morgen die

24 Helga Deppe-Wolfinger: *Arbeiterjugend – Bewußtsein und politische Bildung*, Frankfurt am Main 1972, S. 207.

25 Michael Joost/Gudrun Kalms/Dieter Kraushaar/Hinrich Oetjen/Norbert Trautwein: *Die Krise der Gewerkschaftsjugendarbeit und neue Ansätze in der Jugendbildung*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 11 (1971), S. 686–701, hier S. 691.

26 Vgl. die Rückblicke: Karsten D. Voigt: *Vom Bündnis zum Bruch. Studentenbewegung und demokratische Arbeiterorganisationen 1967/68*, in: *Küsel*, S. 55–63 und Christian Götz: *Im Zweifel lieber Ordnungsfaktor*, in: *ebd.*, S. 64–84.

27 *Keine Studenten auf Mai-Kundgebungen*, DGB-Pressedienst vom 18. April 1968, Nr. 116/68, abgedruckt in: *Nachrichtendienst*, hg. von der Bundespressestelle des DGB, Band 24, Düsseldorf 1969, S. 76f.; Klunker: *Kein Bündnis mit antidemokratischen Kräften*, DGB-Pressedienst vom 1. Juli 1968 Nr. 218/68, abgedruckt in: *ebd.*, S. 153–155.

28 7. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bau – Steine – Erden, *Gewerkschaftsspiegel* 12/13, 30.4.1969, S. 13–19, S. 15.

Lehrlinge?“ oder der spitzen Formulierung, „ob Forderungen an den Gesetzgeber nur dann Aussicht haben, gehört zu werden, wenn sie von spektakulären Maßnahmen begleitet sind,“ wurde die Umsetzung gewerkschaftlicher Forderung vor allem im Ausbildungsbereich ange-mahnt.²⁹

Es gab auch eine praktische Zusammenarbeit von Gewerkschaftsgruppen und Studierenden, was jedoch nicht immer konfliktfrei blieb. Als eine Demonstration gegen den Vietnamkrieg im März 1968 in Sulzbach-Rosenberg, organisiert von der örtlichen IG Metall-Jugend, von einigen Studierenden übernommen werden sollte, kam es fast zu Handgreiflichkeiten. Die programmatischen Unterschiede und vor allem die gewerkschaftliche Distanz zu Regelverletzungen und spontanen Aktionen waren nur schwer zu überbrücken.³⁰ Auch der 1968 sich ausbreitende Vorwurf, von Studierenden mit Vehemenz vorgetragen, die Gewerkschaften seien Teil des Systems und entsprechend zu bekämpfen, führte auf Seiten der Gewerkschaften zu Irritationen, die schließlich eine Zusammenarbeit weitgehend unmöglich machten.³¹

Dennoch ist es unbestritten, dass studentische Aktionen eine stimulierende Wirkung auf Lehrlinge und Gewerkschaftsjugend hatten. Aber der Ansatzpunkt verschob sich bald von der weltweiten politischen Lage hin zur Situation der jungen Erwerbstätigen, vor allem der Lehrlinge.³² Einer der örtlichen Schwerpunkte hierbei war Hamburg. Im September 1968 wurde eine Freisprechungsfeier für Lehrlinge in Hamburg gestört. Initiiert hatten diese Aktion drei Lehrlinge des Hamburger Metallbetriebs Heidenreich und Harbeck. Diese Firma, mit einem hohen Organisationsgrad der IG Metall, bot Studienstipendiaten der Stiftung Mitbestimmung einen kostenlosen Mittagstisch. Darüber entstanden Kontakte zu den Lehrlingen, und die Aktion wurde gemeinsam vorbereitet. Hauptkritikpunkt waren die schlechten Ausbildungsbedingungen.³³

Im November 1968 organisierte die Gewerkschaftsjugend in Hamburg eine Bündnisdemonstration, auf der die Reform der Berufsausbildung gefordert wurde.³⁴ Im Laufe des Jahres 1969 war die Forderung nach einem einheitlichen Berufsausbildungsgesetz – welches

- 29 Das erste Zitat: Flugblatt „Heute die Studenten – morgen die Lehrlinge“, DGB-Bundesvorstand Abt. Berufliche Bildung, 1969, in: Hamburger Stiftung für Sozialforschung Archiv (zukünftig: HISA), Sammlung Tripp, Mappe Lehrlingsbewegung, 60er. Das zweite: IG Metall Bezirk Hamburg (Hg.): Tätigkeitsbericht 1966–1968, Hamburg 1969, S. 61. In: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (zukünftig: FZH), II Nm 1.
- 30 Vgl. zu dieser Episode die instruktive Studie: Dietmar Süß: Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976, München 2003, S. 317–319.
- 31 Vgl. das Schreiben Werner Teichmann (Vwst. Gelsenkirchen) an Georg Benz, 15.10.1969, in: AdsD, 5/IGMA22–161. Darin berichtet er über ein Seminar mit SDS-Studenten im Sommer 1968, die eine Zerschlagung der Gewerkschaften forderten.
- 32 Als Beispiel für eine von Studenten initiierte Betriebsgruppe 1968/69, die diese Wandlung durch-machte, vgl. Mason.
- 33 So schilderte es einer der drei Initiatoren. Gespräch des Verfassers mit Arp Kreßin in Hamburg, 14.11.2008. Vgl. auch: Bericht über die Aktion der Lehrlinge anlässlich ihrer Freisprechung in der Hamburger Börse am 25.9.1968. In: AdsD, 5/IGMA 22–153.
- 34 Ausbildung statt Ausbeutung, Blinkfüer 14.11.1968.

die Gewerkschaften bereits Ende der 1950er Jahre gefordert hatten und das in den parlamentarischen Gremien seit 1963 diskutiert wurde – ein wichtiger politischer Mobilisierungsfaktor. Eine Unruhe der Arbeiterjugend entzündete sich schließlich an den Ausbildungsbedingungen.

Diese waren in vielerlei Hinsicht reformbedürftig. Überproportional übernahm das Handwerk die Ausbildung, ohne dabei sichere Berufsperspektiven bieten zu können. Die Verantwortung für die Berufsausbildung lag bei den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft. Nicht allein die Gewerkschaften waren weitgehend ausgeschlossen, selbst die Berufsschulen, zumeist schlecht ausgestattet, waren eher Anhängsel der betrieblichen Ausbildung. Eine allgemeine Bildung der Berufsschüler fand kaum statt. Die Gewerkschaften strebten ein einheitliches Berufsbildungsgesetz an, welches die Verantwortung stärker in die öffentliche Hand verlagern sollte. Dabei standen nicht allein emanzipatorische Überlegungen im Vordergrund, sondern auch die Befürchtung, mit der veralteten Ausbildung den Anforderungen der Berufswelt nicht mehr gerecht werden zu können. Die Ausbildung sollte daher im systemimmanenten Sinne modernisiert werden.³⁵ An dieser Haltung gab es insbesondere von Seiten der antiautoritären Linken scharfe Kritik.³⁶

Aber dies ist nur eine Seite der politischen Radikalisierung, die zu Trennungen führte. Besonders die 1968 von der illegalen KPD als überparteiliche Jugendorganisation gegründete Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) hatte einen Mitgliederzuwachs und orientierte sich von Anfang an auf eine Arbeit in den Gewerkschaften. Anfang 1969 entfaltete die SDAJ eine Kampagne zur Berufsbildungsreform mit Aktionen in mehreren Städten.³⁷ Höhepunkt sollte eine von SDAJ und IG Metalljugend geplante Demonstration in Bonn im Juni 1969 werden. Die DGB-Führung leitete dies jedoch in eine Hallenkundgebung in Köln am 7. Juni 1969 um, an der rund 10.000 Personen teilnahmen. Einige Gruppen aus dem APO-Umfeld störten die Veranstaltung.³⁸ Hierin zeigten sich politische Spannungen vor allem zu den entstehenden maoistischen Gruppierungen, die sich in der folgenden Zeit zuspitzen sollten. Die Gewerkschaftsjugend wurde so auch Austragungsort für Richtungskonflikte der Neuen Linken.

Aber für die zunehmende Unruhe unter den Lehrlingen waren nicht allein prinzipielle Debatten um eine richtige Bildungspolitik oder Organisationsfragen entscheidend. Es ging häufig um habituelle und generationelle Konflikte. Gerade als entwürdigend empfundene ausbildungsfremde Tätigkeiten – ‚Symbol‘ der Lehrlingsbewegung wurde schließlich der

35 Vgl. Deutscher Bildungsrat, Gutachten und Studien der Bildungskommission, Band 11: Zur Situation der Lehrlingsausbildung, Stuttgart 1970; Der DGB begrüßte die darin gemachten Vorschläge nachdrücklich. Vgl. Geschäftsbericht des DGB 1969–1971, S. 275.

36 Helmut Schauer: Wie und wofür kämpft der DGB in der Berufsausbildung? S. 3–9, in: Sozialistische Correspondenz Nr. 11, (Anfang September 1969). In: HISA, ZS 727.

37 Rolf Jürgen Priemer: Schwerpunkte unserer weiteren Arbeit, in: SDAJ-Info Nr. 4, 20.12.1968. HISA, Bestand SDAJ, Ordner 2.

38 Mit Mao-Bibeln gegen DGB-Sprecher, WAZ 9.6.1969; Stoppt den APO-Terror. DGB-Jugend muss sich schützen, Einheit 16.6.1969.

Besen –,³⁹ fehlende Ausbildungspläne, mangelnde Kontrolle der Ausbildungsstätten und unqualifizierte Ausbilder waren Kritikpunkte. Hierbei vermischten sich jugendkulturelle Aspekte mit der Forderung nach einer umfassenden Bildungsreform. Lebensstilaspekte wie das Tragen von langen Haaren, Rauchen, lässige Kleidung und partnerschaftliche Umgangsformen waren für viele Jugendliche bestimmende Themen.⁴⁰ Dies war für die Gewerkschaften nicht immer einfach zu handhaben, da die Konflikte zum Teil auch mit gewerkschaftlich organisierten Meistern und Ausbildern in größeren Betrieben stattfanden.⁴¹ Die Abteilung Jugend beim Hauptvorstand der IG Metall befürchtete hier eine abschreckende Wirkung auf Jugendliche und mahnte die betrieblichen Interessensvertreter, auf die Jugendlichen zuzugehen. Aus der Verwaltungsstelle Schweinfurt wurde berichtet: „In einem Großbetrieb scheren drei Arbeitskollegen einem jüngeren gewaltsam die langen Haare ab. Reaktion des Betriebsrats auf Intervention der Jugendvertretung: ‚Da kann man nichts machen.‘ Reaktion der Geschäftsleitung auf Intervention der Jugendvertretung: Verwarnung der drei Beteiligten, die sich bei dem Betroffenen entschuldigen müssen. Dieser Fall ist ein Beispiel dafür, wie Betriebsräte selbst in Angelegenheiten, wo sie nicht in Konfrontation zur Geschäftsleitung geraten, die JV zu praktisch illegitimen Alleingängen zwingen – und damit zur Entfremdung zwischen jung und alt beitragen.“⁴² Es ist davon auszugehen, dass Spannungen zwischen Ausbildern und Lehrlingen viele betriebliche Konflikte prägten.⁴³ Dies verweist darauf, dass die Unruhe zwar politisch geformt, aber auch von generationellen Konflikten und lebenskulturellem Liberalisierungsbegehren geprägt war.

Mit der Verabschiedung des neuen Berufsbildungsgesetzes im Juni 1969 war der Kampagne zwar die Spitze genommen. Da jedoch die wesentlichen gewerkschaftlichen Forderungen unberücksichtigt blieben und das Gesetz die Dominanz der Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft in der Ausbildung weiter festschrieb, blieb die Forderung nach einer grundlegenden Reform der Berufsausbildung bis zum Scheitern der Reformpläne Mitte 1975 prägend für die Gewerkschaftsjugend.⁴⁴ Dies verband sich mit den ambitionierten Reformvorhaben der sozialliberalen Koalition, die eine stärkere Kontrolle der Ausbildung durch die öffentliche Hand, vor allem aber eine längere Regelschulzeit plante.⁴⁵ Das duale Ausbil-

39 Vgl. die inszenierten Einzelporträts von vier Lehrlingen mit Besen, in: Die Stifte schlagen zurück, Stern Nr. 14, 29.3.1970, S. 82–86.

40 Klaus Hendrich: Lehrlinge und Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 41 (1970), S. 3–48, hier S. 31 und S. 35.

41 Vgl. die Unterstützung organisierter Ausbilder und Meister durch die örtliche IG Metall, als eine Essener Lehrlingsgruppe im Herbst 1969 entwürdigende Behandlungen öffentlich kritisierte. Joachim Weiler/Rolf Freitag: Ausbildung statt Ausbeutung. Der Kampf der Essener Lehrlinge, Reinbek 1971, S. 167–170.

42 Zu Nr. 13 S. 9: Beispiele für Spannungen zwischen jung und alt in der Organisation, in: AdSD, 5/IGMA22–0220 Mappe Gespräch Vorstand-Jugendausschuss 9.2.71, S. 1–2.

43 Wulf Schönbohm: Linksradikale Gruppen im Lehrlingsbereich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51 (1972), S. 3–29, hier S. 6.

44 Vgl. die instruktive Untersuchung von Claus Offe: Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik, Frankfurt am Main 1975.

45 Bildungsbericht „70“. Bericht der Bundesregierung zur Bundespolitik, hg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1970, S. 57–68; Oskar Anweiler: Bildungspolitik, in: Geschichte der

dungssystem sollte nach Forderungen der Gewerkschaftsjugend abgeschafft werden, denn die jungen Gewerkschaftsmitglieder gehörten „zu dem großen Kreis der Bürger (...), die auf Grund unseres Bildungssystems nach wie vor die im Grundgesetz formulierte Chancengleichheit nur als Farce empfinden können, denn ihre Chance ist durch das duale Bildungssystem praktisch seit ihrer Geburt nicht mehr existent.“⁴⁶ Allerdings: Dies war nicht Konsens in den Gewerkschaften. Zu einem ersten Entwurf der „Jugendpolitischen Forderungen“ der Gewerkschaftsjugend schrieb Maria Weber, zuständiges DGB-Vorstandsmitglied für Bildung und CDU-Mitglied: „Die Bundeskongresse haben eine Beseitigung der dualen Form der beruflichen Bildung, um dieses unglückliche Wort zu verwenden, noch nie verlangt, wohl aber eine grundlegende Reform derselben.“⁴⁷ Es gehörte allerdings zu den gewerkschaftlichen Spannungsfeldern, dass zeitweilig widersprüchliche Forderungen nebeneinander standen. Als die jugendpolitischen Forderungen nach langen Diskussionen Ende 1971 verabschiedet wurden, gehörte die Abschaffung des dualen Ausbildungssystems nicht mehr dazu, allerdings eine ausgeweitete berufliche Grundschulung und die Aufhebung der Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung in einer Gesamtschule, aber auch durch erleichterten Zugang zum Studium ohne Abitur. Der „Klassencharakter der Bildung“ sollte so überwunden werden.⁴⁸

Es gab 1968/69 von Seiten antiautoritärer Studenten Versuche, Lehrlinge explizit gegen die Gewerkschaften zu organisieren. Aber diese Bemühungen waren nicht dauerhaft erfolgreich.⁴⁹ Die entstehende ‚Lehrlingsbewegung‘, die überwiegend lokal agierte, blieb schließlich weitgehend den Gewerkschaften verbunden. Ausgangspunkt für die Lehrlingsbewegung innerhalb der Gewerkschaften war erneut Hamburg. Hier war es am 1. Mai zu erheblichen Störungen der DGB-Kundgebung durch linke Studenten und Lehrlinge gekommen. Der DGB-Kreisvorstand beriet daraufhin Gegenmaßnahmen, und unter maßgeblichem Einfluss von Angehörigen der Gewerkschaftlichen Studenten-Gruppe (GSG) an der Akademie für Wirtschaft und Politik (später: Hochschule für Wirtschaft und Politik) wurde im August 1969 ein jugendpolitisches Sofortprogramm verabschiedet. Ziel war es, die ‚gewerkschaftsfeindlichen‘ Tendenzen in der Jugend zu bekämpfen, indem Reformforderungen aufgegriffen und von den Gewerkschaften selbst umgesetzt werden sollten.⁵⁰ Die wichtigste organi-

Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 5: 1966–1974. Bundesrepublik Deutschland: Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, Bandherausgeber Hans Günter Hockerts, Baden-Baden 2006, S. 709–753, hier S. 731–735.

46 Manuskript Sachbericht Politische Bildung, Abt. Jugend, Holger Bahlke, 19.4.1971, in: AdsD, DGB-Archiv, Abt. Jugend, 5/DGAU-172.

47 Maria Weber an Franz Woschek, 30.9.1970. AdsD, DGB-Archiv, Abt. Jugend, 5/DGAU-265.

48 Walter Haas: Jugendpolitische Forderungen der Gewerkschaftsjugend, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11 (1971), S. 643–661, hier S. 646.

49 SDS-Info Nr. 20 (Herbst 1969) mit Schwerpunktberichten über die Lehrlingsarbeit in verschiedenen Städten, in: HISA, ZS 728.

50 Jugendpolitisches Sofortprogramm für den DGB und die Hamburger Einzelgewerkschaften. Abgedruckt bei: Reinhard Crusius/Oskar Söhl/Manfred Wilke: Praxis und Theorie gewerkschaftlicher Lehrlingspolitik – dargestellt am Beispiel des Hamburger Jour Fix, Offenbach und Hamburg 1971, S. 48–52.

satorische Neuerung war die Einrichtung eines wöchentlichen offenen Treffens, des *Jour Fix*, im Hamburger Gewerkschaftshaus. Teilweise bis zu hundert Jugendliche kamen zusammen und organisierten Aktionen gegen Missstände in der Ausbildung, besonders gegen ausbildungsfremde Arbeiten, fehlende Ausbildungspläne und die schlechte Ausstattung der Berufsschulen. Solche Probleme wurden häufig mit Unterstützung der Gewerkschaften gelöst.⁵¹

Der Bundesjugendausschuss des DGB unterstützte das Hamburger Experiment. Dabei spielte das Bundesvorstandsmitglied Franz Woschek eine wichtige Rolle. Woschek, auf dem 8. Bundeskongress des DGB in München im Mai 1969 in einer Kampfabstimmung in den Geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt,⁵² kam aus der GEW und zeigte sich offen für neue Formen der Arbeit: „Die Jugendgruppe, auch die sich selbst organisierende Clique, der Klub, die Party, der Freundeskreis ist die neue Dimension demokratischer Selbst- bzw. Mitbestimmung“, so Woschek, was ihm zufolge in die Arbeit integriert werden müsse.⁵³ Auf einem Strategieseminar des Bundesjugendausschusses des DGB wurde im April 1970 nicht allein die offene Jugendarbeit in Lehrlingszentren propagiert. Programmatisch hieß es zu Beginn: „Gewerkschaftliche Jugendarbeit versteht sich als politische Arbeit mit dem Ziel der Veränderung der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik hin zu der Gesellschaft in Selbstorganisation und Selbstbestimmung. Die Arbeit in den Gewerkschaften wird darin gesehen, für diese Veränderung zu kämpfen.“⁵⁴ Man berief sich auf die von André Gorz formulierte evolutionäre Strategie und nahm damit von revolutionären Gruppen Abstand.⁵⁵ In den im September 1970 vom DGB-Bundesvorstand neu verabschiedeten Leitsätzen der Gewerkschaftsjugend waren Lehrlingszentren anerkannte Formen der Arbeit, für die vor allem eine politische Interessenvertretung gefordert wurde.⁵⁶

Für den Zeitraum von 1969 bis 1972 lassen sich rund 160 Lehrlingsgruppen nachweisen, zumeist unterstützt oder sogar initiiert von örtlichen Gewerkschaftsfunktionären.⁵⁷ Offizielle DGB-Gruppen waren dabei 66 Lehrlingszentren.⁵⁸ Die meisten Lehrlingszentren waren aktionsorientiert und starteten mit einer Umfrage unter Berufsschülern, um konkrete Miss-

51 Vgl. Dieter Greese: Tätigkeitsbericht des Jugendbildungsreferenten bei der Gewerkschaftsjugend des DGB-Hamburg für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1969, in: FZH, 554–6–61, Gewerkschaften Hamburg Jugend KJA 1968–1970.

52 Woschek wurde überraschend vorgeschlagen und gewann gegen Anton Fittkau (ÖTV), der vom Bundesvorstand vorgeschlagen wurde. Vgl. Protokoll 8. Ordentlicher Bundeskongreß München, 18. bis 23. Mai 1969, hg. vom DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf o. J. (1969), S. 351–356.

53 Rede von Franz Woschek auf dem 7. Zentralen Jugendtag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung am 20./21. November 1969 in Bielefeld. Abgedruckt bei: Crusius/Söhl/Wilke, S. 125–129, S. 127.

54 Strategie-Seminar des Bundesjugendausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ergebnisprotokoll des Seminars vom 20.–24.4.1970, in: AdsD, DGB-Archiv, Abt. Jugend, 5/DGAU-265. Abgedruckt in: Crusius/Söhl/Wilke, S. 130–162, Zitat S. 130.

55 André Gorz: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt a. M. 1967. Danach noch mehrere Auflagen.

56 Franz Woschek: Leitsätze der Gewerkschaftsjugend, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11 (1971), S. 641–643.

57 Eigene Zusammenstellung aus Adressenlisten in der zeitgenössischen Literatur und Quellenhinweisen.

58 Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des DGB 1969–1971, Düsseldorf o. J., S. 378.

stände in Erfahrung zu bringen, woran sich dann häufig öffentlichkeitswirksame Aktionen anschlossen. Sie ermöglichten auch das Engagement von Jugendlichen, die noch keine Gewerkschaftsmitglieder waren.⁵⁹

Es gelang jedoch nicht, eine Verstetigung der Lehrlingszentren durchzusetzen. Dies hatte mehrere Ursachen. Waren die Lehrlingszentren zwar eine anerkannte Form der Jugendarbeit, so bildeten sie aber kein satzungsgemäß gewähltes Gremium. Eine ihrer Schwächen war die Konzentration auf die Berufsausbildung, zudem richteten sich öffentliche Aktionen auch gegen Betriebsräte und ältere Vertrauensleute. Hinzu kam die fehlende Einbindung in die Einzelgewerkschaften, die im Machtgefüge des DGB ihre eigenen Einflussbereiche nicht aufgeben wollten. Die Abteilung Jugend des DGB erhob auch den Vorwurf, die Kampagnen seien nicht auf das Bewusstsein der älteren Beschäftigten ausgerichtet gewesen. Im Laufe des Jahres 1972 gingen die meisten Lehrlingszentren dazu über, sich auf den Aufbau von Betriebsgruppen zu konzentrieren und eine Integration in den Gesamtverband anzustreben. Spektakuläre Aktionen gingen zurück, und es wurde nun versucht, stärker in den betrieblichen Gremien – also vor allem Vertrauenskörper und Jugendvertretung – zu arbeiten.⁶⁰ In der Rückschau lag die Wirkung der Lehrlingsbewegung vor allem in der Stärkung der Gremien, da nun viele Orts- oder Kreisjugendausschüsse wieder arbeitsfähig waren.

Ob das Ende der Lehrlingsbewegung Ergebnis eines Zweckbündnisses von DGB-Funktionären und SDAJ gewesen ist, wie es die verbreitete Deutung in der überschaubaren Literatur zum Thema nahelegt, erscheint aber eher fraglich.⁶¹ Die Bewegungselemente, die 1969/70 in die Gewerkschaften hineinwirkten, waren vielmehr in den Organisationsstrukturen nicht auf Dauer zu halten. Besonders das Verhältnis zwischen DGB- und Einzelgewerkschaften blieb ungeklärt. Lehrlingszentren standen weitgehend unter der Ägide des DGB, eher selten waren es einzelgewerkschaftliche Gruppierungen. Zudem gab es aus der Lehrlingsbewegung Tendenzen, die Gewerkschaftsjugend in der Form eines unabhängigen Jugendverbandes zu organisieren. Auf der DGB-Bundesjugendkonferenz 1971 wurde dies mehrheitlich abgelehnt, und mit dem Antrag 300 auf dem 9. Bundeskongress des DGB 1972

59 So waren von 79 Teilnehmern eines Jour-Fix Treffen in Hamburg 19 Personen nicht in einer Gewerkschaft. Pressesprecher Wolfgang Otte an den DGB-Kreisvorstand, 26.5.1970. FZH, 554-1-1 Gewerkschaften Hamburg Kreisvorstand Protokolle 1970 I.

60 Abt. Jugend: Probleme gewerkschaftlicher Jugendarbeit 5.12.1973, in: AdsD, DGB-Archiv, 5/DGAU-74, Sitzungen Bundesjugendausschuss 1970–1975, S. 4.

61 Reinhard Crusius/Manfred Wilke: Jugend ohne Beruf – Gewerkschaft ohne Jugend, Gewerkschaftliche Jugend- und Berufsbildungspolitik von 1977 bis 1981, Frankfurt am Main 1981, insbes. S. 22–25; Lonny Fuhlert/Margot Weblus: Lehrlingsbewegung in der BRD, Berlin 1974. Für die neuere Literatur vgl. Oliver Bierhoff: Organisation und generationale Ordnung. Zur Organisationsgeschichte der Gewerkschaftsjugend. URN:UM:NBN:DE:HBZ:6-79589443100, Datum 16.5.2008 (Dissertation im Internet, Münster 2007), S. 146–149; sowie Albert Herrenknecht: „Kleinstadt 1968“ – Die Politischen Jugendbewegungen in der Provinz von den 1950er bis 1970er Jahren, in: Pro-Regio-Online, Zeitschrift für den Ländlichen Raum 5 (2008), S. 16–146, hier S. 73–80. <www.pro-regio-online.de/downloads/klein1968.pdf> (Stand 25.7.2008).

war die Integration der Gewerkschaftsjugend in die Gesamtorganisation erneut gefestigt.⁶² Statt offener Jugendarbeit sollte nun wieder verstärkt in den Betrieben gearbeitet werden.

Diese Entwicklung hing mit der Entwicklung in der Linken zusammen. Waren in der Lehrlingsbewegung auch Elemente der antiautoritären Revolte präsent, geriet sie zugleich in die Fraktionskämpfe der Neuen Linken. Die Orientierung vieler Arbeitskreise von Studenten und Lehrlingen an die neuen maoistischen und kommunistischen Gruppierungen war verbunden mit einem Anstieg der Schulungsarbeit, mit der konkrete Hilfe bei betrieblichen Problemen schnell unter den Verdacht des Reformismus fiel.⁶³ Trotz der Attacken maoistischer Gruppen auf die Gewerkschaften und die SDAJ als ‚Bonzen‘ und ‚Verräter der Arbeiterklasse‘ gab es strategische Einigkeit, sich stärker auf Betriebsgruppen und damit Großbetriebe zu konzentrieren. Dies war vermutlich der entscheidende Bruch gegenüber den Lehrlingszentren, die auch Elemente der offenen Jugendarbeit aufgriffen.⁶⁴ Damit wurde ab 1972 zwar die gewerkschaftliche Organisation gestärkt, aber es sank auch die Attraktivität für Lehrlinge und junge Arbeiter aus kleinen oder mittleren Betrieben, da Anlaufpunkte fehlten.

Die Konzentration auf betriebliche Politik führte in etablierte gewerkschaftliche Handlungsfelder. Dazu gehören vor allem die Stärkung und der Ausbau der Jugendvertretungen und der Vertrauenskörper, die Durchsetzung rechtlicher Rahmenvorgaben und tariflicher Absicherungen. Damit wurden die Einzelgewerkschaften gestärkt. Die Verringerung öffentlicher Aktionen hatte auch einen Rückgang in der medialen Wahrnehmung zur Folge. Als der DGB für 1971 das ‚Jahr des jungen Arbeitnehmers‘ ausrief, eine im Grunde organisationsinterne Debatte um die jugendpolitischen Forderungen, hatte Franz Woschek vorher festgehalten, dass keine größeren Demonstrationen oder bundesweiten Aktionen geplant werden sollten, da die Erfahrungen aus der Lehrlingsbewegung zu negativ seien.⁶⁵

Nach 1970 traten zahlreiche Spannungen insbesondere zwischen den Gewerkschaften und maoistischen Gruppierungen auf. 1973 wurden schließlich Unvereinbarkeitsbeschlüsse –

62 Protokoll 9. Ordentlicher Bundeskongress Berlin, 25. bis 30. Juni 1972, hg. vom DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf o. J., S. 253–258.

63 Für Frankfurt vgl. Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt, Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001, S. 194–197; hierzu auch: Hendrich, S. 29f. Für das Ruhrgebiet siehe den Rückblick von Christoph Ebner: Lehrlings- und Schülerbewegung im Ruhrgebiet 1969–1970, in: Amos. Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 3 (2008), S. 7–8. Das Hamburger Sozialistische Lehrlingszentrum – Vorläufer des Kommunistischen Bundes – zog sich beispielsweise im Herbst 1969 zurück, um erst nach einer intensiven Schulungsphase als Kader zurückzukehren. Die vorherige Politik wurde wie folgt charakterisiert: „Massenmobilisierung, keine organisierten Gruppen – sondern nur Laufkundschaft als Folge einer theorieleeren, uneinheitlichen Organisation“. Flugblatt „Stellungnahme der Kommune Hochallee zu den Ereignissen am 31.8.1969“ In Staatsarchiv Hamburg, 136-3-498 (Landesamt für Verfassungsschutz)

64 Ein Teil der Aktivisten verschob 1972/73 die Aktivitäten auf Jugendzentrumsarbeit. Vgl. für den ländlichen Raum Herrenknecht, S. 78; sowie die vorletzte Ausgabe der Hamburger Lehrlingszeitung 12 (1973), die überwiegend Auseinandersetzungen um das Hamburger Kulturzentrum „Fabrik“ gewidmet war, in: HISA, A-ZL 0413.

65 Franz Woschek an die Mitglieder des DGB-Bundesvorstands, 23.11.1970, in: AdsD, DGB-Archiv, Abt. Jugend, 5/DGAU-402.

zuerst im März von der IG Druck und Papier, schließlich aber von fast allen Einzelgewerkschaften – gegenüber den sogenannten K-Gruppen gefasst.⁶⁶ Das Engagement für diese Gruppen konnte, musste aber nicht zum Ausschlussverfahren führen. Der Höhepunkt politischer Ausschlüsse lag in den Jahren 1973 bis 1976. Mindestens 417 Personen wurden wegen Verstoß gegen den Unvereinbarkeitsbeschluss ausgeschlossen, mindestens 288 wegen Kandidatur auf einer gegnerischen Liste.⁶⁷ Vereinzelt waren auch hauptamtliche Funktionäre betroffen, so Anfang 1973 in Niedersachsen, als zwei Mitarbeiter der Abteilung Jugend des DGB-Landesbezirks eine revolutionäre Bildungspolitik durchsetzen wollten und entlassen wurden.⁶⁸

Mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen gelang es, die kommunistischen Gruppen, die in den Betrieben häufig einen aggressiven Stil pflegten, aber auch in einige Betriebsräte und Jugendvertretungen gewählt wurden, aus den Gewerkschaften zwar nicht ganz herauszuhalten, aber eine Einschüchterung zu erreichen. Der Hauptansatzpunkt dabei war sicherlich, dass die maoistischen Gruppierungen vor allem die Gewerkschaften selbst attackierten und damit die immer wieder beschworene Einheit gefährdeten. Entsprechend war das Verhältnis zur SDAJ anders gestaltet, sie war von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen nicht betroffen. Die SDAJ blieb auf eine strikt gewerkschaftsloyale Arbeit orientiert. Dies führte schon 1969 zu Auseinandersetzungen mit anderen linken Gruppierungen, da die SDAJ sich weitgehend hinter die Entscheidungen der Gewerkschaftsführung stellte.⁶⁹ Satzungsgemäß war jedes SDAJ-Mitglied zur aktiven Arbeit in den Gewerkschaften verpflichtet, um damit eine „Stärkung der Gewerkschaftsjugend“ zu erreichen.⁷⁰ In einer Reihe von gewerkschaftlichen Gremien und in der Jugendbildungsarbeit waren SDAJ-Mitglieder aktiv. Allerdings war eine Einstellung von SDAJ- bzw. DKP-Mitgliedern als hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre so gut wie ausgeschlossen.⁷¹

66 Rainer Erd: Gewerkschaftsausschlüsse in den 70er Jahren, in: Otto Jacobi/Walther Müller-Jentsch/Eberhard Schmidt (Hg.): Gewerkschaftspolitik in der Krise/Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78, Berlin 1978, S. 166–175, S. 168. Der DGB-Bundesvorstand fasste einen Unvereinbarkeitsbeschluss am 3.10.1973. Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des DGB 1972 bis 1974, Düsseldorf o. J., 6–7.

67 Vgl. Erd, S. 167, eigene Berechnungen. Eine valide Auswertung der Gewerkschaftsausschlüsse liegt noch nicht vor. Erd wertet einige Geschäftsberichte bis 1977 aus, vom KB wurde herausgegeben: Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen, hg. v. J. Reents-Verlag, Hamburg 1978. Darin sind mehrere hundert Fälle aufgeführt und zum Teil umfangreich dokumentiert.

68 Vgl. Abt. Jugend, Td/Mey, 9.4.1973: Situation der gewerkschaftlichen Jugendarbeit im DGB-Landesbezirk Niedersachsen., in: AdsD, DGB-Archiv, Abt. Jugend, 5/DGAU-196.

69 Die SDAJ habe eine „Seelenverwandschaft“ mit den gewerkschaftlichen Bürokraten, schrieben Manfred Wilke und Reinhard Crusius 1981 rückblickend. Crusius/Wilke: Jugend, S. 90.

70 Rechenschaftsbericht zur 3. Landeskonferenz für den Zeitraum vom 8. Mai 1969 bis II. Juni 1971, SDAJ-Landesverband Hamburg, S. 14 f., in: HISA, SDAJ-Bestand, Ordner 34.

71 Dies war ein „ungeschriebenes Gesetz“ in den DGB-Gewerkschaften; vgl. Der Unterwanderweg ist lang, Der Spiegel Nr. 3, 14.1.1980.

Die Gewerkschaften verhielten sich ambivalent gegenüber den moskautreuen Kommunisten. Offiziell hielt man Distanz,⁷² akzeptierte aber das Engagement der meist emsigen Kollegen, insbesondere die organisationsloyale Haltung. Als der IG Metall-Jugendkongress in Oberhausen im Mai 1974 eine Solidaritätsadresse an den gerade zurückgetretenen Willy Brandt ablehnte und einen deutlichen SDAJ-Einfluss zeigte, forderte der IGM-Vorsitzende Eugen Loderer eine inhaltliche Auseinandersetzung um die SDAJ. Im IG Metall-Vorstand zeigte sich jedoch, dass viele Gewerkschaftsfunktionäre der SDAJ insoweit eine positive Funktion zuwiesen, als sie die „Chaoten“, also maoistische Gruppierungen, zurückdrängen würde.⁷³ In einer Einschätzung wurde der Arbeitseifer der Konferenz betont: In Saarbrücken, dem Ort der vorherigen Jugendkonferenz, seien „noch deutlich die Nachwirkungen der antiautoritären Phase festzustellen; z. B. die Art der Geschäftsordnungsdebatte und die Diskussionsbeiträge in Richtung eigenständiger Jugendarbeit u. a. In Oberhausen wurde durchgängig zum Ausdruck gebracht, dass sich die IGM-Jugend als integrierter Bestandteil der Gesamtorganisation versteht.“⁷⁴

Die Diskussion um die Rolle der SDAJ eskalierte schließlich Ende der 1970er Jahre, als vor allem zwischen der IG Metall, HBV und DPG auf der einen und dem DGB-Bundesvorstand, der IG Chemie, IG Bergbau und Energie sowie ÖTV auf der anderen Seite nahezu unüberbrückbare Gegensätze bei der Einschätzung der SDAJ zutage traten.⁷⁵ Während die einen die Bedeutung der SDAJ herunterspielten und die gewerkschaftliche Einheit betonten, war für die anderen die Gewerkschaftsjugend unterwandert und von der SDAJ heimlich dominiert. Diese Funktionärsdebatte, die auch als Machtkampf zwischen den Einzelgewerkschaften verstanden werden kann, besaß noch einen weiteren Aspekt: Denn forciert wurde die Kritik an der SDAJ von linken undogmatischen Kräften insbesondere in der Bildungsarbeit, die in der SDAJ eine Konkurrentin sahen.⁷⁶

Eine valide Zahl, wie viele SDAJ-Mitglieder tatsächlich in den Gewerkschaften aktiv waren, liegt nicht vor. Es ist aber davon auszugehen, dass sie auf lokaler und bezirklicher Ebene die Arbeit häufig mit gestalteten.⁷⁷ Dabei ist jedoch die Frage zu klären, in welcher Hinsicht die SDAJ als radikale Organisation zu verstehen ist. Von ihrer politischen Zielstellung her – einer sozialistischen Bundesrepublik in Anlehnung an die DDR – ist dies sicher-

72 So Franz Woschek 1971 auf dem Bundesjugendkongress. Vgl. das Wortprotokoll, in: AdsD, DGB-Archiv, Abt. Jugend, 5/DGAU-154, S. 29 f.

73 Auszug Protokoll Vorstandssitzung der IG Metall vom 18–21.6.74, in: AdsD, 5/IGMA22–101.

74 „Bedeutung der 10. ord. Jugendkonferenz für die Organisation und für die Jugend der IG Metall“, unbekannter Verfasser (Abt. Jugend beim Hauptvorstand der IGM), in: AdsD, 5/IGMA 22–101.

75 Ossip K. Flechtheim/Wolfgang Rudzio/Fritz Vilmar/Manfred Wilke: Der Marsch der DKP durch die Institutionen, Frankfurt am Main 1980.

76 Vgl. die Zusammenstellung: Diskussion um die Rolle der DKP/SDAJ in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit., in: Das Junge Wort – Vertraulich –, Nr. 24, 3.5.1979. In: Archiv für soziale Bewegungen, IGBE-Archiv, Nr. 2312A.

77 So nennt eine undatierte Namensliste der SDAJ Hamburg (ca. Frühjahr 1971) 10 Personen, die dem 26-köpfigen Ortsjugendausschuss der IG Metall angehörten und der SDAJ zuzurechnen sind. Im KJA des DGB waren es immerhin fünf Mitglieder. Vgl. undatierte Namensliste der Ortsjugendausschüsse, (ca. Frühjahr 1971), in: HISA, SDAJ-Bestand, Ordner 34.

lich unstrittig. Aber in ihren Formen war die SDAJ weniger radikal. Trotz Protesten und Aktionen war die SDAJ auf Gesetzeskonformität bedacht, vor allem wurde Rücksichtnahme auf den ‚Bewusstseinsstand‘ der Beschäftigten gefordert. Die Orientierung auf eine ‚revolutionäre Disziplin‘ und die Einheit der Arbeiterklasse bewirkten letztlich eine Entradikalisierung. Denn neben der Ausrichtung auf Gewerkschaftsbeschlüsse waren die SDAJ-Mitglieder bestrebt, keine allzu großen Konflikte innerhalb der Gewerkschaften entstehen zu lassen.

Unbestritten ist, dass mit der Politisierung nach 1968 eine deutliche Linkswendung der Gewerkschaftsjugend zu konstatieren ist. Die Bildungsarbeit war in den Einzelgewerkschaften und dem DGB deutlicher als zuvor antikapitalistisch ausgerichtet, und nicht wenige der jungen Aktivisten zielten auf eine langfristig revolutionäre Veränderung der Gesellschaft. Dies spiegelte sich auch in der Rhetorik der führenden Gewerkschafter wider, die zumindest Anschläge für revolutionäre Hoffnungen bot. Franz Woschek erhielt anhaltenden, lebhaften Beifall, als er auf der 9. Bundesjugendkonferenz des DGB in Dortmund 1971 forderte: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat sich das große und phantastische Ziel gestellt, eine Gesellschaft des demokratischen und humanen Sozialismus zu schaffen, in der das Kapital und das Eigentum an Produktionsmitteln eine dienende Rolle haben und die arbeitenden Menschen ihr Schicksal selbst bestimmen können.“⁷⁸ Aber dieses Ziel galt es nach Ansicht der Gewerkschaftsführungen und sicher auch der Mehrzahl der Mitglieder in der Praxis parlamentarisch und rechtskonform durchzusetzen.

Querverbindungen bestanden vor allem zu den Jungsozialisten in der SPD, die eine ähnliche politische Radikalisierung erlebten, vermutlich noch schärfer akzentuiert als in der Gewerkschaftsjugend.⁷⁹ Eine Reihe der hauptamtlichen Funktionäre im Jugendbereich war Mitglied bei den Jusos und entwickelte 1972 Kampagnen der SPD zur Berufsausbildung mit.⁸⁰ Die gewerkschaftliche ‚Radikalisierung‘ blieb daher in verfassungskonformen Horizonten eines demokratischen Sozialismus.

Radikale Nonkonformität hingegen prägte die Gewerkschaftsjugend insgesamt weniger, und die damit zusammenhängenden Irritationen gingen nach dem Ende der Lehrlingsbewegung noch weiter zurück. Dies hing einerseits mit einer gestiegenen gesellschaftlichen Akzeptanz gegenüber pluralen Lebensstilen zusammen, aber auch damit, dass ein Teil der politisierten Lehrlinge sich subkulturell orientierte und daher nicht mehr im gewerkschaftlichen Organisationsbereich zu fassen war.⁸¹

78 AdsD, DGB-Archiv, Abt. Jugend, 5/DGAU-154, 31.

79 Vgl. Dietmar Süß: Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten und die SPD in den Siebzigerjahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 67–104; Norbert Gansel (Hg.): *Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten?* Reinbek 1972.

80 So war Horst Klaus, Leiter der Abteilung Jugend beim Hauptvorstand der IG Metall, wie auch andere Gewerkschafter 1972 häufiger auf Treffen der im Jugendbereich führend tätigen SPD-Mitglieder mit der Partei, um Politikfelder abzustecken. Vgl. Uwe Janssen, SPD-Abteilung Jugend und Bildung, an Horst Klaus u. a., 20.6.1972, in: AdsD, 5/IGMA22–624.

81 Vgl. die autobiographische Skizze des Frankfurter Lehrlings Otmar Hitzelberger: *Schritt für Schritt ins Paradies*, Frankfurt am Main 2003.

Wolfgang Schroeder hat die Linksentwicklung der Gewerkschaften in ihren Auswirkungen sehr negativ gedeutet. Seiner Ansicht nach habe sie bis heute eine hemmende Wirkung auf eine notwendige gewerkschaftliche Modernisierung in der Dienstleistungsgesellschaft gehabt, da mit der antikapitalistischen Ausrichtung strukturell konservative Leitbilder festgeschrieben worden seien.⁸² Sicherlich gab es ab 1969 eine deutlich höhere Konfliktbereitschaft, und der kulturell geprägte Rückgriff auf Traditionen der Arbeiterbewegung hat mit dazu beigetragen, dass für „einen Lidschlag“ die Erosion des politischen Arbeitermilieus verzögert wurde.⁸³ Zu untersuchen wäre daher biographisch, inwieweit die hauptamtlichen Funktionäre, die in die Gewerkschaften nachwuchsen, von dieser Zeit geprägt blieben. Aber die Gewerkschaften gerieten zu keinem Zeitpunkt in einen ernsthaften Gegensatz zur sozialliberalen Regierung oder – trotz manch scharfer Kampfrhetorik – den Arbeitgeberverbänden. Letztlich überwog die integrative Wirkung der Gewerkschaften gegenüber revolutionärem und radikalem Begehren. Hierbei sind über die Organisationsentwicklung hinaus langfristige gesellschaftliche Trends zu beachten: „Die spezifische Wirkung der 68er-Bewegung bestand vor allem darin, dass erst sie dem Langzeittrend der Vergesellschaftung und inneren Demokratisierung seine eigentliche Dynamik und Breite verlieh. Dabei war die politisch-ideologische Aufladung, Polarisierung und Radikalisierung des gesellschaftlichen Klimas Ende der 60er Jahre sowohl das Medium als auch gewissermaßen der ‚Preis‘ des Entwicklungsschubes.“⁸⁴ Diese Feststellung gilt auch für die Gewerkschaftsjugend: Wenn auch in manchen Formen und Akteuren radikal, trug sie inhaltlich und kulturell zur gesellschaftlichen Pluralisierung bei.

Dies gilt vor allem für Änderungen in der Arbeitswelt. Die Lehrlingsbewegung war auch eine Bildungsbewegung, denn perspektivisch sollten Unterschiede zwischen Lehrlingen, Schülern und Studenten nivelliert werden. Die Gewerkschaften forderten und förderten den sozialen Aufstieg von abhängig Beschäftigten durch Studienstipendien und eine Modernisierung der Ausbildung, zum Beispiel in Stufenplänen. Außerdem war die Ausweitung des politischen Bildungsurlaubs ein wichtiges Ziel, das Anfang der 1970er Jahre in den meisten Bundesländern erreicht werden konnte. Dabei verschränkten sich Modernisierungs- und Liberalisierungsbestrebungen. Die Verlagerung zum Beispiel der Abfassung von Berichtsheften in die Ausbildungszeit führte zu einer Ausweitung der Freizeit. Die Umsetzung gesetzlicher Regelungen war ein wesentliches Aufgabenfeld der Gewerkschaften in der betrieblichen Praxis. Die wichtigen Bezüge waren das neue Betriebsverfassungsgesetz von 1972, das Jugendarbeitsschutzgesetz und das Berufsausbildungsgesetz.

Zum Schluss dieses Beitrags soll daher der Gedanke angeschnitten werden, dass die Konkretion der gewerkschaftlichen Jugendarbeit von einer „Verrechtlichung der sozialen Praxis“ geprägt war. Die Arbeit der Gewerkschaftsjugend war stark auf die Vermittlung von Rechts-

82 Wolfgang Schroeder: Gewerkschaften als soziale Bewegung – soziale Bewegung in den Gewerkschaften in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte Band 44 (2004), S. 243–265, S. 263–265.

83 Klaus Tenfelde: Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 25.

84 Kersting, S. 733.

kenntnissen orientiert. Ein Mitglied einer DGB-Gruppe in Wilster, einem Ort, der vor allem durch kleine Betriebe geprägt ist, unterstrich dies: „Da muss man eben im Freizeitbereich ansetzen, sie [die Jugendlichen, d. V.] informieren über das Jugendarbeitsschutzgesetz, Berufsausbildungsgesetz und BetrVG. Da kann man sagen: Acht Stunden dürft ihr nur arbeiten und ihr arbeitet achteinhalb, warum?“⁸⁵ Jürgen Seifert hat Mitte der 1970er Jahre zwei konkurrierende Linien in der Gewerkschaftsarbeit ausgemacht: „Hier ein Festklammern und ein Beschränktbleiben auf den gesetzlichen Aktionsraum (Ausnutzung der durch ‚Verrechtlichung‘ gegebenen Möglichkeiten, Legalismus); dort eine Fixierung auf Regelverletzungen, auf das Ausweiten des Aktionsraumes unabhängig von der konkreten Situation (Politik der ‚Entrechtlichung‘, Illegalitätsromantik).“⁸⁶

Diese Zuspitzung kann oberflächlich als rechts/links-Schema verstanden werden. Aber dies würde die Gewerkschaften als Sozialisationsinstanz nur unzulänglich beschreiben. Rechtliche Aspekte der betrieblichen und arbeitsweltlichen Verhältnisse konnten – und wurden – zwar auch taktisch verstanden, aber der langfristige Sozialisierungseffekt bestand in der Verrechtlichung der sozialen Beziehungen. „Du hast Rechte – nutze sie!“ rief ein Plakat des DGB 1973 die Jugendlichen auf. Der DGB arbeitete intensiv bei der Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes mit und nutzte dies als Mobilisierungselement in der Gewerkschaftsjugend.⁸⁷ Die IG Metall begann 1973 ihre Kampagne „Rote Zange“, mit der rechtliche Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz gemeldet werden sollten. Als Sozialtypus stand ein Gewerkschafter für die Einhaltung von rechtlichen Vorgaben, diskursiv legitimiert durch das Streben für die Rechte der Arbeiterklasse. Insofern ist das obige Zitat des Wilsteraner Jugendlichen als Versuch zu interpretieren, Jugendliche selbst in ihrer Freizeit über ihre Rechte aufzuklären. Dies ist vermutlich der größte Effekt gewerkschaftlicher Jugendarbeit, die letztlich darauf abzielte, diese Kenntnisse in soziale Praktiken umzusetzen. Eine Folge hiervon war die Abschleifung von Radikalität, die für die Gewerkschaftsjugend nach 1972 zu beobachten ist.

85 Maria Meyer-Puschner/Rainer Hirsch: Gespräch mit der DGB-Jugendgruppe in Wilster (SH), in: Werkkreis Literatur der Arbeitswelt: Mit 15 hat man noch Träume. Arbeiterjugend in der BRD, Frankfurt am Main Februar 1975, S. 112–122, S. 118.

86 Jürgen Seifert: Die Spaltung der Notstandsopposition und ‚verrechtlichte‘ oder ‚entrechtlichte‘ Gewerkschaftspolitik, in: Küsel, S. 48–54, S. 48.

87 Stefan Remke: Gewerkschaften und Sozialgesetzgebung. DGB und Arbeitnehmerschutz in der Reformphase der sozialliberalen Koalition, Essen 2005, insb. S. 289–299.